

**FINANZEN UND STEUERN**

FACHSERIE

**14**

**Reihe 4**

**Steuerhaushalt**

**1980**

Statistisches Bundesamt  
Bibliothek - Dokumentation - Archiv



**HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN**  
**VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ**  
Bestellnummer: 2140400-80700

Erschienen im Juli 1981

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 4,80

## Inhalt

	Seite
<b>T e x t t e i l</b>	
1 Allgemeine Hinweise zur Statistik .....	4
2 Methodische Erläuterungen zur Statistik .....	5
3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1980 .....	10
4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1980 .....	12
 <b>T a b e l l e n t e i l</b>	
1 Zusammenfassende Übersichten	
1.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung 1979 und 1980 .....	19
1.2 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung 1979 und 1980 .....	20
1.3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden nach Ländern 1979 und 1980 .....	21
1.4 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1977 bis 1980 .....	22
1.5 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1980 .....	22
1.6 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1972 bis 1980 .....	23
1.7 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1973 bis 1980 .....	23
1.8 Investitionszulagen 1972 bis 1980 .....	23
2 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. 1980 .....	24
3 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern n a c h der Steuerverteilung 1980	
Insgesamt .....	28
Kreisfreie Städte .....	28
Kreisangehörige Gemeinden .....	30
Landkreise .....	30
4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung 1980 nach Gemeindegrößenklassen .....	31

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

### Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die  
kleinste Einheit, die in der Tabelle zur  
Darstellung gebracht werden kann
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Frage-  
stellung trifft nicht zu

### Abkürzungen

Mill.	= Million	Gv.	= Gemeindeverbände
Mrd.	= Milliarde	GG	= Grundgesetz
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	i.d.F.	= in der Fassung
AfA	= Absetzung für Abnutzung	i.d.R.	= in der Regel
EG	= Europäische Gemeinschaften	dt	= Dezitonne (100 kg)
EGKS	= Europäische Gemeinschaft Kohle und Stahl	l	= Liter
EFTA	= European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	hl	= Hektoliter
EStG	= Einkommensteuergesetz	vT	= vom Tausend
		vH	= vom Hundert

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

## 1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

### 1.1 Bund und Länder

#### Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

#### Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

#### Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

#### Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

#### Veröffentlichungen

Bundesanzeiger	} monatlich
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen	

#### Statistisches Bundesamt:

Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	= monatlich
Fachserie 14, Reihe 4	= vierteljährlich, jährlich

#### Statistische Landesämter

Statistische Berichte L II/1 = monatlich, vierteljährlich

### 1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

#### Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 i.d.F. des Änderungsgesetzes vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773).

#### Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

#### Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

#### Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

#### Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:	
Wochendienst	= wöchentlich
Wirtschaft und Statistik	} = vierteljährlich, jährlich
Fachserie 14, Reihe 4	

#### Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

## 2 Methodische Erläuterungen zur Statistik

### 2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen und Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert. Auf die einzelnen Begriffe wird im Abschnitt 2.2 eingegangen, auf das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung im Abschnitt 2.3.

Die Abgrenzung der in der vorliegenden Fachserienreihe vierteljährlich nachgewiesenen Steuereinnahmen gegenüber den Ergebnissen in Fachserie 14, Reihe 2 "Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft" ergibt sich aus 2.5 (Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken).

### 2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt/Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt einmal von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, relativ eng; wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern siehe Abschnitt 4, der über Zahlungsweise und -termine der finanziell bedeutsamsten Steuern informiert. Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend skizziert werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:  
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1980 für die Jahre 1980 bis 1982 - sog. Hauptveranlagung. Eine zwischen 2 Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nachveranlagung" findet nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung

- unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

Wegen der Festsetzung des einheitlichen Steuermeßbetrags bei den Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, siehe Abschnitt 4.14 und 4.15.

- Vorauszahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Vorauszahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Die Vorauszahlungen belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat<sup>1)</sup> - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer- und Körperschaftsteuer<sup>2)</sup>.

1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Vierteljahreszahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.

2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

#### - Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbsteuer: Erhebungszeitraum, Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbsteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

Für Zwecke der Gewerbesteuvorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermaßbetrag festsetzen.

#### -- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren ermittelte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer, (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) oder rückläufiger Gewinne sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 7 b EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu

Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte. (Wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs siehe Abschnitt 4.1).

#### Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen/Höhe der Steuerschuld, Stundung/Zahlungsaufschub.

#### Nachsteuer

Erhebung bei Steuertariferhöhungen der Verbrauchsteuer für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer - Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,  
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BFG),  
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,  
Zulagen gemäß § 19 BFG.

#### 2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

##### Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBl. I S. 359) in Verbindung mit dem

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969 i.d.F.

des Fünften Änderungsgesetzes vom 17. März 1978, BGBI. I S. 409, Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 i.d.F. des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 19. Januar 1979, BGBI. I S. 97 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer), Zerlegungsgesetz vom 25. Februar 1971, BGBI. I S. 145, zuletzt geändert durch Einführungsgesetz zur Abgabensordnung (EGAO 1977) vom 14. Dezember 1976, BGBI. I S. 3 341.

#### Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung)

dem Bund:

das Aufkommen der in Tabelle 2 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 9 bis 29 aufgeführten Steuern (Bundessteuern),

den Ländern:

das Aufkommen der in Tabelle 2 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 31 bis 42 aufgeführten Steuern (Landessteuern),

Bund und Ländern gemeinsam:

das Aufkommen der in Tabelle 2 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 2 bis 7 aufgeführten Steuern (Gemeinschaftsteuern),

den Gemeinden:

das Aufkommen der in Tabelle 3 des Tabellenteils unter lfd. Nr. 1 bis 6, 10 sowie 11<sup>3)</sup> aufgeführten Realsteuern und örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (Gemeindesteuern). Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung)

den EG:

ab 1975: gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme geringer EGKS-Zölle) und Teil des Umsatzsteueraufkommens<sup>4)</sup>.

3) D.s. insbesondere Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Gemeindegetränke-, Kino-, Übrige Vergnügungs-, Hundesteuer.

4) Ab 1. Januar 1975 führt die Bundesrepublik Deutschland den EG die ihnen zustehenden Einnahmen (außer Agrarabschöpfung und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregelung (Bruttosozialproduktsschlüssel) zu. Die Zahlungen werden aus dem Umsatzsteueranteil des Bundes geleistet.

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne Zölle),  
42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,  
50 vH der Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,  
67,5 vH der Umsatzsteuern (ohne EG-Umsatzsteueranteil),  
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Ländern:

die Landessteuern,  
42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,  
50 vH der Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,  
32,5 vH der Umsatzsteuern,  
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,  
die Gewerbesteuern (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),  
15 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),  
die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern.

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen.

In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung.

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür

liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 15 % des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen (siehe auch 4.16 und 4.17).

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrythmus wie für den Gemeindeanteil; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und (ab Berichtsjahr 1974) Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinnahmten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 15 % der im gleichen Zeitraum aufgekommene Lohn-/veranlagte Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteueraufkommen nach Ertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und (ab 1974) von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

#### 2.4 Regionaler Verteilungsmodus

##### Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes aaO., das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit

mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

##### Umsatzsteuern

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

##### Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 15 % der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgekommene Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer zu. Der Anteil der einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die veranlagte Einkommensteuer und die Lohnsteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, wobei diese Steuerbeträge nur bis zu der Höhe zugrunde gelegt werden, die auf einen zu versteuernden Einkommensbetrag von 25 000 bzw. 50 000 DM bei Zusammenveranlagung entfällt.

##### Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer E und K} \times 80}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt. Der Vervielfältigungsfaktor (von ursprünglich 120 vH) ist so gewählt worden, daß sich unter Zugrundelegung der Kassenzahlen 1965 für die Gesamtheit der Gemeinden eine Umlage in Höhe von 40 % des Aufkommens an Gewerbesteuer nach Ertrag und



Kapital zuzüglich Lohnsummensteuer ergab. Infolge gestiegener Hebesätze (und zunehmender Bedeutung der Lohnsummensteuer bis einschl. 1978) erreichte der tatsächliche Umlagenanteil diesen Satz nicht; ab 1980 Senkung des Umlagensatzes um ein Drittel.

## 2.5 Verschiedenes

### Differenzen zum Vierteljahresnachweis

Abweichungen zwischen dem Jahresergebnis und den zur Jahressumme addierten Quartalszahlen ergeben sich vor allem beim Nachweis von Gemeindegrößenklassen, da sich die endgültige Größenklassenzuordnung einer Gemeinde nach ihrer Einwohnerzahl am 30.6. und ihrem Gebietsstand am 31.12. des Jahres richtet. Weitere Ursachen für Differenzen sind nachträgliche Berichtigungen u.dgl.

### Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder in Höhe von 1,5 % des Umsatzaufkommens geleisteten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1 402 Mill. DM (1979: 1 263 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. (Die Abführung von 25 % des Vermögensteueraufkommens der Länder an den Lastenausgleichsfonds sind Ende 1979 ausgelaufen).

### Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg bei der Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden.

### EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

### Länderanteile Umsatzsteuern

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Umsatzsteuern"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Istergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gemäß Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

### Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der *S t a d t s t a a t e n*, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

### Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den *S t a d t s t a a t e n* erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4 (siehe unter 2.3 "Verteilungsmodus").

### Lastenausgleichsabgaben

In Fachserie 14, Reihe 4 nur nachrichtlich aufgeführt.

Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund (Einkommen- und Körperschaftsteuer) und aus der Einbeziehung steuerähnlicher Einnahmen der Länder in Fachserie 14, Reihe 2.

### 3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1980

(ohne Änderungen, die nach dem 31.12.1979 in Kraft treten)

#### 3.1 Lohn-, veranlagte Einkommensteuer

- Art. 1 des Steueränderungsgesetzes 1979 (StÄndG 1979) vom 30. November 1978<sup>1)</sup>

Gewährung eines Abzugsbetrages vom Gesamtbetrag der Einkünfte für Kinderbetreuungskosten unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 600/1 200 DM (unter Wegfall des bisherigen Abzugsbetrages für Haushaltshilfen)

Erhöhung des zusätzlichen Sonderausgaben-Höchstbetrags für Versicherungsbeiträge von 1 500/3 000 DM auf 2 500/5 000 DM, insbesondere für Selbständige

- Gesetz zur Änderung der AO und des Einkommensteuergesetzes (EStG) vom 25. Juni 1980<sup>2)</sup>

Zahlungen bis 2 400 DM jährlich für nebenberufliche Tätigkeiten unter bestimmten Voraussetzungen steuerfrei (§ 3 Nr. 26 EStG).

- Gesetz zur Neuregelung der Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft vom 25. Juni 1980<sup>3)</sup>

Durchschnittssatzgewinne nach § 13 a EStG<sup>4)</sup> werden durch Anhebung näher an die tatsächlich erzielten Gewinne herangeführt. Der Anwendungsbereich des § 13 a wird eingeschränkt.

- Art. 1 des Gesetzes zur Steuerentlastung und Familienförderung (StEntlG 1981) vom 16. August 1980<sup>5)</sup>

Anhebung des Weihnachtsfreibetrages um 200 auf 600 DM (gilt bereits 1980).

- Art. 1 und 3 des Gesetzes zur Änderung und Vereinfachung des EStG und anderer Gesetze vom 18. August 1980<sup>6)</sup>

Für den Veranlagungszeitraum 1980 wurde nur ein Teil der Bestimmungen wirksam, u.a. das Wahlrecht bei Bausparverträgen (§ 10 Abs. 4 EStG), die Anhebung des Abzugsatzes für Spen-

den zur Förderung kultureller Zwecke<sup>7)</sup> sowie des Höchstbetrages für Beiträge und Spenden an politische Parteien<sup>7)</sup>, Verdoppelung des Freibetrags für Trinkgelder auf 1 200 DM jährlich.

- Art. 1 und 2 des Gesetzes zur Änderung des EStG, des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) und anderer Gesetze vom 20. August 1980<sup>8)</sup>

Begrenzung der Verrechnung von Verlusten mit anderen positiven Einkünften bei beschränkt haftenden Unternehmern (§ 15 a EStG) mit zeitlicher Übergangsregelung in bestimmten Fällen.

Verbesserung der innerstaatlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelzahlungen ausländischer Einkünfte.<sup>7)</sup>

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Bergmannsprämien vom 7. Mai 1980<sup>9)</sup>

Verdoppelung der (aus dem Lohnsteueraufkommen geleisteten) steuer- und versicherungsfreien Prämien auf 10 DM je Untertage-schicht ab 1. April 1980.

#### 3.2 Umsatzsteuer

- Kap. 1 des Gesetzes zur Neufassung des UStG und zur Änderung anderer Gesetze vom 26. November 1979<sup>10)</sup>

Wegfall der bisherigen Sonderregelung für Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz (60 000 DM im vorangegangenen Jahr), für die das System des alten Umsatzsteuerrechts (Allphasen-Bruttoumsatzsteuer ohne Vorsteuerabzug) - bei Optionsmöglichkeit für die Regelbesteuerung - bis 31. Dezember 1979 weiter gegolten hatte. Obligatorische Einbeziehung dieser Unternehmen in das Mehrwertsteuersystem bei gleichzeitiger Anhebung der Umsatzsteuerfreigrenze von 12 000 auf 20 000 DM und degressiver Steuerermäßigung in Form von Steuerabzugsbeträgen bis zum Umsatz von 59 500 DM.

1) BGBI. I S. 1849.

2) BGBI. I S. 731.

3) BGBI. I S. 732.

4) Die neuen Vorschriften sind erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 30. Juni 1980 beginnen.

5) BGBI. I S. 1381.

6) BGBI. I S. 1537.

7) Betrifft auch Körperschaftsteuer.

8) BGBI. I S. 1545.

9) BGBI. I S. 532.

10) BGBI. I S. 1953.

Durchbrechung des Prinzips der Besteuerung nach vereinbarten Entgelten durch die Neufassung des § 13 UStG (Abs. 1 Nr. 1 a). Danach sind (An- und Voraus-)Zahlungen für noch nicht ausgeführte Leistungen im Zeitpunkt ihrer Vereinnahmung zu versteuern, vorausgesetzt, daß die Entgelte mindestens 10 000 DM betragen und die Verträge vor dem 1. Januar 1980 geschlossen wurden.

Gegenüber dem "alten Steuerrecht" bedeuten folgende Bestimmungen eine Erweiterung der Steuerpflicht:

Besteuerung von Münzen, die als Ware gehandelt werden, auch wenn sie gesetzliche Zahlungsmittel sind.

Besteuerung von Endabnehmern in Freihäfen  
Einschränkung der bisherigen Steuerbefreiung bei Park- und Campingplätzen

Besteuerung der unentgeltlichen Leistungen von Vereinigungen an ihre Mitglieder.

Eine Vergünstigung stellt demgegenüber die Steuerbefreiung für alle Pflegeheime, ferner die ermäßigten Steuersätze für zahntechnische Leistungen sowie alle ihrer Art nach freiberuflichen Leistungen von Nichtfreiberuflern dar.

### 3.3 Gewerbesteuer

- Art. 2 StÄndG 1979, a.a.O.

Wegfall der Lohnsummensteuer

Wegfall der Mindestgewerbesteuer

Anhebung des Freibetrags bei der Gewerbeertragsteuer für natürliche Personen und Personengesellschaften von 24 000 auf 36 000 DM

Einführung einer Freigrenze von 5 000 DM bei der Gewerbeertragsteuer für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Körperschaften und für Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

### 3.4 Feuerschutzsteuer

Das FeuerschStG vom 21. Dezember 1979<sup>11)</sup> bildet die Grundlage für die anteilige Heranziehung des Versicherungsentgeltes der Hausratversicherung und der verbundenen Gebäudeversicherungen zur Feuerschutzsteuer. Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 5 % bei freiwillig abgeschlossenen Versicherungen mit öffentlich-rechtlichen und mit privaten Versicherungen (bisher 6 bzw. 4 vH).

11) BGBl. I S. 2353.

### 3.5 Verbrauchsteuern

- Tabaksteuergesetz vom 13. Dezember 1979<sup>12)</sup>

Senkung des stückbezogenen Steueranteils und Erhöhung des preisbezogenen Steueranteils bei Zigaretten mit weitgehend aufkommensneutraler Wirkung.

Tabaksteuersenkung für Zigarren (- 24,7 vH) und Zigarillos (- 8,5 vH) bei gleichzeitigem Abbau der Steuererleichterungen für kleinere Betriebe.

- Kaffee- und Teesteuergesetz vom 5. Mai 1980<sup>13)</sup>

Steuersatz für eingeführten Röstkaffee und für Kaffee-Extrakte um 0,20 bzw. 1,45 DM/kg gesenkt.

- Erstes Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 4. August 1980<sup>14)</sup>

Die bessere Sicherung des Steueraufkommens gegen Steuerausfälle bei Firmenzusammenbrüchen tangiert das Steueraufkommen indirekt.

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 13. November 1979<sup>15)</sup>

Die Rechtsänderungen (insbesondere die Aufhebung des Herstellungs- und Vertriebsmonopols von Branntwein aus nicht landwirtschaftlichen Rohstoffen, die Beseitigung überhöhter Übernahmepreise für Agraralkohol sowie die der Strukturverbesserung der Brennereiwirtschaft dienenden Bestimmungen) haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Steueraufkommen.

### 3.6 Steuerüberweisungen aufgrund des Gemeindefinanzreformgesetzes

- Art. 13 StÄndG 1979 a.a.O.

Erhöhung des Gemeindeanteils an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer um 1 Prozentpunkt auf 15 vH.

Die Gewerbesteuerumlage wird nur noch in Höhe von 80 vH (bisher 120 vH) ihrer Bemessungsgrundlage (= Grundbeträge der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital) an Bund und Länder abgeführt.

12) BGBl. I S. 2118.

13) BGBl. I S. 497.

14) BGBl. I S. 1157.

15) BGBl. I S. 1937, rückwirkend ab 1. Oktober 1979 in Kraft.

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell  
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1980\*)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p> <p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 2 400/360 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p> <p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p>	<p>Progressionstarif</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuerfreie Vorstufe bis 3 719/7 439 DM zu versteuerndes Einkommen</li> <li>- Proportionalstufe mit Steuersatz von 22 vH auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 3 720/7 440 DM (Nullstufe) bis 16 019/32 039 DM,</li> <li>- Progressionsstufe mit von 22 vH bis 56 vH steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 16 020/32 040 DM bis 130 019/260 039 DM,</li> <li>- Proportionale Endstufe (56 vH).</li> </ul> <p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p>
<p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 1 1/2 Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit 1 bis 2-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	
<p><u>4.3 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag</u></p>	
<p><u>4.3.1 Kapitalertragsteuer</u></p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	<p>Für Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) und Stillen Gesellschaften: 25 vH, für Zinsen aus bestimmten festverzinslichen Wertpapieren: 30 vH.</p>
<p><u>4.3.2 Aufsichtsratssteuer (bei beschränkt Steuerpflichtigen)</u></p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Vergütung im Zeitpunkt des Zufließens an den</p>	<p>30 vH (§ 50 a EStG).</p>

\*) "Standardangaben" ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>Gläubiger; Abführung an das Finanzamt vierteljährlich bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr der Zahlung folgenden Monats.</p>	
<p>4.3.3 Abzugsteuer (bei beschränkter Steuerpflicht)</p> <p>Steuerabzug durch den Schuldner der Vergütung im Zeitpunkt des Zufließens an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt vierteljährlich bis zum 10. des dem Kalendervierteljahr der Zahlung folgenden Monats.</p>	<p>Ausübung oder Verwertung der Tätigkeit als Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. im Inland, Überlassung von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten usw.: 15 % bzw. 25 %.</p>
<p><u>4.4 Körperschaftsteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 1 1/2 Jahre nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit 1 bis 2-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>56 % generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigen (50 %) sowie für bestimmte Kreditinstitute und Bausparkassen (46 %), öffentliche oder unter Staatsaufsicht stehende Sparkassen (44 %).</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 % des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p><u>4.5 Umsatzsteuern</u></p> <p>4.5.1 Mehrwertsteuer</p> <p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen i.d.R. am 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats (ggf. Kalendervierteljahres, wenn Steuerschuld im letzten KJ nicht mehr als 6 000 DM betragen hat). Möglichkeit, von der Voranmeldung/Vorauszahlung befreit zu werden, wenn die Steuer für das laufende KJ 600 DM voraussichtlich nicht übersteigt. Auf Antrag Fristverlängerung um 1 Monat für Monatszahler unter der Voraussetzung einer Sondervorauszahlung. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p>	<p>13 vH; ermäßigter Satz (vor allem für Lebensmittel, freiberufliche Leistungen, Nahverkehr usw.); 6,5 vH; Abzugsbeträge für Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz (§ 19 UStG 1980 Abs. 3; siehe auch Abschnitt 3.3); Sonderregelung für berliner Umsätze und Landwirtschaft.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</p> <p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften des Einfuhrzollrechts/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>13 bzw. 6,5 vH (ermäßigter Satz);</p>
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p> <p>Die Steuer wird zwei Wochen nach ihrer Entstehung fällig. Der Versicherer hat zum 15. eines jeden Monats Abschlagszahlungen auf die im Abrechnungszeitraum (Kalenderjahr) zu entrichtende Steuer zu leisten, die dem Prämien- einnahme oder dem Prämien-soll des vorangegangenen Monats entsprechen. Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämieinnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>5 vH der Prämie bei Sachversicherung, 0,02 vH der Prämie bei Hagelversicherung, 2 vH der Prämie bei Seeschiffskaskoversicherungen, Lebens- und Krankenversicherungen bleiben steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)</u></p> <p>4.7.1 Zölle</p> <p>Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzolltarif der EG-Länder; keine Binnenzölle innerhalb der EG. Freihandelszonen, Zollpräferenzenabbau gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (Rest-EFTA-Länder, Entwicklungsländer).</p>
<p>4.7.2 Tabaksteuer</p> <p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakerzeugnisse aus dem Herstellungsbetrieb<sup>1)</sup> anzubringen und zu entwerfen sind. Die Steuerschuld wird bei Zigaretten und Rauchtobak rd. 4 bis 6 Wochen (für die vom 1. bis 15. Dezember bezogenen Steuerzeichen für Zigaretten spätestens am 27.12.), bei Zigarren und Zigarillos rd. 8 bis 10 Wochen nach Steuerzeichenbezug fällig.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Zigarren, Zigarillos, Feinschnitt, Pfeifentobak und Zigarettenhüllen, Tabaksteuer für Zigaretten (1980 ca. 97 % der Tabaksteuereinnahmen) beträgt 4,1 Pf/St + 30,1 vH des Kleinverkaufs-wertes (entspricht einer durchschnittlichen Belastung des Kleinverkaufspreises von ca. 60 %).</p>
<p>4.7.3 Kaffeesteuer</p> <p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze; z.B. für Rohkaffee 3,60 DM/kg für Röstkaffee 4,30 DM/kg, für feste Auszüge aus Kaffee 9,35/kg (sämtlich koffeinhaltig)</p>
<p>1) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.</p>	

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p> <p>Die Abgaben sind zu entrichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung, (Branntweinsteuer),</li> <li>- bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlußbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner (Branntweinaufschlag<sup>2)</sup>),</li> <li>- bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes (Monopolausgleich).</li> </ul> <p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf den Übergang folgenden Monats.</p>	<p>1 950 DM/hl für Trinkbranntwein,</p> <p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p> <p>600 DM/hl zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (vergällt),</p> <p>50 DM/hl zur Herstellung von Speiseessig.</p>
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb<sup>1)</sup>. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>1,50 DM für eine ganze Flasche (0,75 l) Schaumwein;</p> <p>0,30 DM für eine ganze Flasche (0,75 l) schaumweinähnliche Getränke.</p>
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p> <p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb<sup>1)</sup>. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 44,00 DM/hl für Benzin,</li> <li>- 49,65 DM/dt für Dieselkraftstoff und Schmieröl,</li> <li>- 61,25 DM/dt für Flüssiggas,</li> <li>- Ermäßigte Sätze (1,50 und 2 DM/dt) für Heizöle.</li> </ul>
<p>1) Fußnotentext siehe S. 14. 2) Branntweinaufschlag ist für den von der Ablieferungspflicht ausgenommenen Branntwein</p>	<p>vom Hersteller zu entrichten. Unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 2, (die auch für den Monopolausgleich gelten) vermindert sich der Abgabebetrag.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p> <p>Vierteljährliche Vorauszahlungen zum 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November; Jahressteuer (= bis zu 500 DM) zum 10. November. Nachzahlungen 1 bis 2 Jahre nach Stichtag. Wegen der normalerweise nur alle 3 Jahre durchgeführten Hauptveranlagung tritt der "Nachzahlungseffekt" kassenmäßig in einem Turnus von 3 Jahren in Erscheinung. Das Aufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 1/2 jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>0,5 vH des steuerpflichtigen Vermögens der natürlichen Personen bei verschiedenen Freibeträgen entsprechend Familienstand und Alter,</p> <p>0,7 vH für juristische Personen.</p> <p>Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM. Außerdem besondere Freibeträge wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p> <p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere Zwischenräume zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem persönlichen Verhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend gestaffelte Freibeträge zwischen 3 000 und 250 000 DM (ggf. daneben besondere Freibeträge) und Steuersätze zwischen 3 und 70 vH.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p> <p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung. Der gemeindliche Zuschlag zur Grunderwerbsteuer wird in der Regel vom Finanzamt zusammen mit der Grunderwerbsteuer festgesetzt und angefordert.</p>	<p>7 vH des Wertes der Gegenleistung; davon 3 Prozentpunkte an Länder und 4 Prozentpunkte an Kreise<sup>2)</sup>; umfangreicher Katalog der Steuerermäßigungen und -befreiungen.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p> <p>Jährliche Vorauszahlungen; bei mehr als 1 000 bzw. 2 000 DM Steuer sind halb- bzw. vierteljährliche Zahlungen möglich : Zuschläge von 3 bzw. 6 vH.</p>	<p>Je nach Art, Gewicht und Hubraum der Fahrzeuge.</p>
<p><u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u></p> <p>4.12.1 Rennwettsteuer</p> <p>3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.</p> <p>4.12.2 Lotteriesteuer</p> <p>Vom Finanzamt festgelegte Fristen.</p>	<p>16 2/3 vH vom Wetteinsatz.</p> <p>20 vH des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.</p>

2) Hamburg und Berlin (West) = 7 Prozentpunkte Land, Rheinland-Pfalz = 7 Prozentpunkte Kreise, Nordrhein-Westfalen = 4,5 Prozentpunkte Kreise, 2,5 Prozentpunkte Land.



Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
Das Aufkommen folgt der Wett- und Spielbeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.	
<u>4.13 Biersteuer</u>	
Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb <sup>1)</sup> ) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.	Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl (Haus-trunk steuerfrei).
<u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u>	
Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet.	Grundsteuer A - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1979: rd. 250 vH).
Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.	Grundsteuer B - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1979: rd. 275 vH), - Freistellung öffentlich geförderter oder begünstigter Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren.
<u>4.15 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</u>	
Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag <sup>3)</sup> und das Gewerbekapital <sup>3)</sup> die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.	StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals.
Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".	Freibeträge: 36 000 DM beim Gewerbeertrag für natürliche Personen und Personengesellschaften; generell 60 000 DM beim Gewerbekapital.  Freigrenze: 5 000 DM beim Gewerbeertrag für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, kirchlichen u.ä. Körperschaften (siehe auch unter 3.3).  Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1979: rd. 325 vH).

1) Fußnotentext siehe S. 14.

3) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzurechnungen und Kürzungen abgeleitet.

<p style="text-align: center;">Steuerart Steuerentrichtung</p>	<p style="text-align: center;">Tarif</p>
<p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung für das 1. bis 3. Vierteljahr bis zum 1. Mai, 1. August bzw. 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr<sup>4)</sup>.</p> <p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten<sup>4)</sup>.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p> <p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>
<p>4) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.</p>	

Tabelle n t e i l

1 Zusammenfassende Übersichten

1.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1980	1979	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt .....	364 916,0	342 558,8	+ 22 357,3	+ 6,5
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG .....	267 299,7	245 545,8	+ 21 753,9	+ 8,9
Lohnsteuer .....	111 558,9	97 067,4	+ 14 491,5	+ 14,9
Veranlagte Einkommensteuer .....	36 795,7	37 550,8	- 755,1	- 2,0
Kapitalertragsteuer .....	4 174,7	3 809,2	+ 365,5	+ 9,6
Körperschaftsteuer .....	21 322,5	22 912,4	- 1 589,9	- 6,9
Umsatzsteuer .....	52 850,5	50 996,1	+ 1 854,5	+ 3,6
Einfuhrumsatzsteuer .....	40 597,4	33 209,9	+ 7 387,5	+ 22,2
Bundessteuern (einschl. EG-Anteile) .....	46 052,8	44 673,7	+ 1 379,1	+ 3,1
Gesellschaftsteuer .....	256,3	234,1	+ 22,2	+ 9,5
Börsenumsatzsteuer .....	135,5	116,7	+ 18,8	+ 16,1
Versicherungsteuer .....	1 779,1	1 635,5	+ 143,7	+ 8,8
Wechselsteuer .....	318,7	291,6	+ 27,0	+ 9,3
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) ...	43 524,3	42 331,4	+ 1 193,0	+ 2,8
Zölle (100 %) .....	4 603,1	4 111,3	+ 491,8	+ 12,0
Tabaksteuer .....	11 288,1	10 700,8	+ 587,3	+ 5,5
Kaffeesteuer .....	1 477,5	1 465,0	+ 12,5	+ 0,9
Zuckersteuer .....	140,2	140,6	- 0,4	- 0,3
Branntweinabgaben .....	3 884,6	4 012,4	- 127,8	- 3,2
Schaumweinsteuer .....	536,1	505,5	+ 30,7	+ 6,1
Mineralölsteuer .....	21 350,9	21 139,8	+ 211,1	+ 1,0
Sonstige Verbrauchsteuern <sup>1)</sup> .....	243,7	255,9	- 12,2	- 4,8
Ergänzungsabgabe .....	38,6	64,2	- 25,7	- 40,0
Sonstige Bundessteuern <sup>2)</sup> .....	0,3	0,2	+ 0,1	+ 91,9
Landessteuern .....	16 072,3	16 603,2	- 530,9	- 3,2
Vermögensteuer .....	4 664,3	4 482,0	+ 182,3	+ 4,1
Erbschaftsteuer .....	1 016,9	1 007,1	+ 9,8	+ 1,0
Grunderwerbsteuer .....	1 019,5	902,0	+ 117,5	+ 13,0
Kraftfahrzeugsteuer !.....	6 585,3	7 576,1	- 990,8	- 13,1
Rennwett- und Lotteriesteuer .....	1 281,9	1 191,4	+ 90,5	+ 7,6
dar.: Lotteriesteuer .....	1 110,1	1 033,9	+ 76,3	+ 7,4
Biersteuer .....	1 262,3	1 251,8	+ 10,5	+ 0,8
Feuerschutzsteuer.....	242,2	192,9	+ 49,3	+ 25,6
Gemeindesteuern .....	35 491,2	35 736,0	- 244,8	- 0,7
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft) <sup>3)</sup> ....	423,2	414,0	+ 9,2	+ 2,2
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) .....	5 380,6	5 290,6	+ 90,1	+ 1,7
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital .....	27 089,9	25 059,9	+ 2 030,1	+ 8,1
Lohnsummensteuer .....	870,3	3 324,1	- 2 453,9	- 73,8
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer .....	1 328,9	1 184,1	+ 144,8	+ 12,2
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ..	398,3	463,4	- 65,1	- 14,0

1) Siehe Tab. 2, lfd. Nr. 18, 22, 23, 24 und 26.

2) Siehe Tab. 2, lfd. Nr. 9, 28 und 29.

3) Siehe Tab. 3, lfd. Nr. 1, 2 und 3.

## 1 Zusammenfassende Übersichten

## 1.2 Kassenmäßige Steuereinnahmen n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1980	1979	Veränderung	
	Mill. DM			8
Steuereinnahmen insgesamt .....	364 934,7	342 784,5	+ 22 150,2	+ 6,5
EG-Anteile an Zöllen .....	4 524,4	4 018,1	+ 506,3	+ 12,6
EG-Anteile Umsatzsteuer .....	6 094,7	6 126,2	- 31,4	- 0,5
Steuereinnahmen des Bundes .....	177 542,5	167 413,4	+ 10 129,1	+ 6,1
Bundessteuern (ohne EG-Anteile) .....	41 528,5	40 655,6	+ 872,9	+ 2,1
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer .....	63 050,7	57 885,8	+ 5 164,9	+ 8,9
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer .....	12 748,6	13 360,8	- 612,2	- 4,6
Umsatzsteuern .....	56 982,6	50 712,9	+ 6 269,8	+ 12,4
Gewerbsteuerumlage .....	3 232,1	4 798,3	- 1 566,2	- 32,6
Steuereinnahmen der Länder .....	125 474,3	120 015,1	+ 5 459,2	+ 4,5
Landessteuern .....	16 072,3	16 603,2	- 530,9	- 3,2
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer .....	63 050,7	57 885,8	+ 5 164,9	+ 8,9
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer .....	12 748,6	13 360,8	- 612,2	- 4,6
Umsatzsteuern .....	30 370,6	27 366,9	+ 3 003,6	+ 11,0
Gewerbsteuerumlage .....	3 232,1	4 798,3	- 1 566,2	- 32,6
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten .....	9 391,7	9 618,2	- 226,5	- 2,4
Länder ohne Stadtstaaten .....	116 082,5	110 396,9	+ 5 685,7	+ 5,2
Steuereinnahmen der Gemeinden .....	51 298,9	45 211,7	+ 6 087,2	+ 13,5
Gewerbsteuern (100 %) .....	27 960,2	28 384,0	- 423,8	- 1,5
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe) .....	6 440,8	9 486,8	- 3 046,0	- 32,1
Gewerbsteuern (netto) .....	21 519,4	18 897,2	+ 2 622,2	+ 13,9
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer .....	22 248,5	18 962,5	+ 3 286,1	+ 17,3
Übrige Gemeindesteuern .....	7 531,0	7 352,0	+ 179,0	+ 2,4
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten .....	3 915,1	3 930,1	- 15,0	- 0,4
Gemeinden/Gv. ....	47 383,7	41 281,6	+ 6 102,2	+ 14,8
Kreisfreie Städte .....	20 038,8	18 116,0	+ 1 922,8	+ 10,6
Kreisangehörige Gemeinden zusammen .....	26 540,4	22 449,2	+ 4 091,2	+ 18,2
mit weniger als 10 000 Einwohnern .....	8 561,8	7 197,4	+ 1 364,3	+ 19,0
mit 10 000 Einwohnern und mehr .....	17 978,6	15 251,8	+ 2 726,9	+ 17,9
Landkreise .....	804,6	716,4	+ 88,1	+ 12,3
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben .....	75,3	264,4	- 189,1	- 71,5

1 Zusammenfassende Übersichten

1.3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden nach Ländern

Mill.DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemeinschaftsteuern	Bundessteuern (einschl. EG-Anteile)	Landesteuern	Gemeindesteuern	insgesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet .....	1980	267 299,7	46 052,8	16 072,3	35 491,2	364 916,0	125 474,3	51 298,9
	1979	245 545,8	44 673,7	16 603,2	35 736,0	342 558,8	120 015,1	45 211,7
Schleswig-Holstein ...	1980	7 712,8	601,3	523,0	1 153,1	9 990,3	4 772,3	1 825,2
	1979	7 095,0	648,8	534,9	1 139,6	9 418,3	4 487,4	1 544,4
Niedersachsen .....	1980	23 117,1	2 094,6	1 601,8	3 775,6	30 589,1	13 385,3	5 459,1
	1979	21 079,4	2 005,3	1 617,4	3 562,8	28 264,9	12 527,3	4 623,8
Nordrhein-Westfalen ..	1980	80 842,1	12 831,4	4 557,3	9 597,6	107 828,5	35 399,0	14 148,0
	1979	73 750,9	12 852,2	4 684,4	10 027,3	101 314,8	33 648,1	12 789,6
Hessen .....	1980	26 195,9	2 394,7	1 516,2	3 488,1	33 594,9	11 951,7	4 992,3
	1979	24 643,0	2 278,7	1 564,7	3 575,2	32 061,5	11 684,9	4 516,9
Rheinland-Pfalz .....	1980	11 909,5	1 742,9	810,8	1 967,6	16 430,7	6 785,3	2 821,8
	1979	11 087,6	1 648,7	875,8	1 874,2	15 486,4	6 433,7	2 375,5
Baden-Württemberg ....	1980	44 437,4	4 225,5	2 484,7	5 908,6	57 056,2	20 618,2	8 472,9
	1979	40 817,0	4 049,8	2 590,8	5 794,5	53 252,1	19 352,8	7 236,9
Bayern .....	1980	42 658,4	2 697,1	2 866,0	6 221,6	54 443,0	21 253,4	8 988,3
	1979	38 609,1	2 524,9	2 926,1	5 938,9	49 999,1	20 414,2	7 622,9
Saarland .....	1980	3 628,0	131,9	235,6	469,0	4 464,6	1 917,4	676,1
	1979	3 372,8	129,4	264,3	413,8	4 180,3	1 848,6	571,5
Hamburg .....	1980	18 219,4	12 029,5	710,0	1 640,8	32 599,7	4 771,9	2 214,3
	1979	17 198,8	11 757,3	730,1	1 886,8	31 573,0	5 210,6	2 218,7
Bremen .....	1980	4 269,2	1 122,3	202,7	565,0	6 159,2	1 603,5	772,1
	1979	3 747,3	1 160,1	212,3	578,6	5 698,3	1 472,8	704,3
Berlin (West) .....	1980	4 309,7	6 181,6	564,3	704,2	11 759,8	3 016,3	928,7
	1979	4 144,9	5 618,5	602,5	944,3	11 310,2	2 934,8	1 007,1

1 Zusammenfassende Übersichten

1.4 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote

Jahr	Brutto-sozial-produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt			
		ohne Lastenausgleichsabgaben		mit	
		Mrd.DM	in % des Brutto-sozial-produkts	Mrd.DM	in % des Brutto-sozial-produkts
1977 .....	1 200,6	298,1	24,8	299,4	24,9
1978 .....	1 293,6	318,2	24,6	319,1	24,7
1979 .....	1 404,2	342,6	24,4	342,8	24,4
1980 .....	1 501,5	364,9	24,3	365,0	24,3

1) Ab 1977 vorläufiges Ergebnis.

1.5 Entwicklung ausgewählter Steuerarten  
in den einzelnen Vierteljahren 1980

%

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer .....	+ 11,2	+ 19,4	+ 16,8	+ 12,9
Veranlagte Einkommensteuer .....	- 3,7	- 4,7	- 4,0	+ 4,1
Kapitalertragsteuer .....	+ 31,4	+ 11,6	+ 10,7	- 20,6
Körperschaftsteuer .....	+ 0,1	+ 0,2	- 7,4	- 18,9
Umsatzsteuer .....	+ 6,2	+ 2,9	- 7,2	+ 12,8
Einfuhrumsatzsteuer .....	+ 39,9	+ 30,8	+ 13,6	+ 9,9
Gesellschaftsteuer .....	+ 9,7	+ 20,8	+ 11,2	- 0,6
Börsenumsatzsteuer .....	+ 10,6	+ 2,1	+ 8,4	+ 53,4
Versicherungsteuer .....	+ 12,7	+ 3,9	+ 6,6	+ 10,1
Wechselsteuer .....	+ 13,4	+ 6,4	+ 8,8	+ 8,9
Zölle .....	+ 8,3	+ 9,6	+ 15,0	+ 14,4
Tabaksteuer .....	- 11,6	+ 4,0	+ 7,9	+ 15,2
Kaffeesteuer .....	+ 7,1	- 1,5	- 2,7	+ 0,9
Branntweinabgaben .....	- 4,7	- 0,7	- 4,9	- 2,3
Mineralölsteuer .....	+ 6,8	+ 2,9	- 2,5	- 0,3
Ergänzungsabgabe .....	- 51,3	- 48,3	- 20,3	- 31,6
Vermögensteuer .....	- 0,6	+ 8,5	+ 1,8	+ 6,9
Erbschaftsteuer .....	- 12,0	+ 3,7	- 2,6	+ 19,2
Kraftfahrzeugsteuer .....	- 24,1	- 21,4	- 6,3	- 0,8
Grunderwerbsteuer einschl. Zuschlag zur Grunderwerbsteuer .....	+ 23,6	+ 13,7	+ 6,9	+ 8,0
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital .....	+ 14,8	+ 6,0	+ 2,2	+ 10,1
Lohnsummensteuer .....	- 8,9	- 97,2	- 98,5	- 98,9
Grundsteuer B .....	+ 8,0	- 0,5	+ 3,4	- 4,0

1 Zusammenfassende Übersichten

1.6 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparzulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) 1)	Arbeitnehmer- zulage (Berlinförderungs- gesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- ausgleich 2)
1972 .....	2,60	1,29	0,07	.
1973 .....	2,80	1,39	0,11	5,57
1974 .....	3,00	1,56	0,14	6,64
1975 .....	2,90	1,56	0,14	6,94
1976 .....	3,00	1,72	0,11	5,48
1977 .....	3,10	1,75	0,11	5,87
1978 .....	3,16	1,85	0,11	6,19
1979 .....	3,10	1,90	0,11	6,05
1980 .....	3,18	2,25	0,17	5,86

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.

1.7 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen  
an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1973 .....	3,48	1977 .....	5,13
1974 .....	4,14	1978 .....	6,04
1975 .....	4,57	1979 .....	6,86
1976 .....	4,09	1980 .....	8,12

1.8 Investitionszulagen \*)

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an					
	veranlagter Einkommensteuer			Körperschaftsteuer		
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
§ 4a		§ 4b	§ 4a		§ 4b	
		InvZulG 1975			InvZulG 1975	
1972 .....	406	-	-	771	-	-
1973 .....	371	-	-	782	-	-
1974 .....	433	-	-	822	-	-
1975 .....	412	1	64	797	9	37
1976 .....	2 588	11	2 239	2 741	17	1 965
1977 .....	2 011	5	1 649	2 858	48	2 093
1978 .....	805	4	474	1 355	61	679
1979 .....	447	2	66	1 018	67	295
1980 .....	508	4	14	941	78	48

\*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungs-gesetz; ab Berichtsjahr 1975 einschl. Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1975 (§ 4a: Zulagen

für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung, § 4b: Zulagen zur Konjunkturbelebung).

## 2 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs 3 GG .....	267 299 696	7 712 803	23 117 097	80 842 149	26 195 907
2	Lohnsteuer .....	111 558 884	3 443 382	10 533 118	32 667 890	11 560 625
3	Veranlagte Einkommensteuer .....	36 795 708	1 394 402	3 424 766	11 301 305	2 755 914
4	Kapitalertragsteuer .....	4 174 716	51 143	258 091	1 114 903	672 335
5	Körperschaftsteuer .....	21 322 469	471 465	2 272 669	5 099 385	2 401 509
6	Umsatzsteuer .....	52 850 537	1 593 148	4 265 911	16 033 155	4 592 529
7	Einfuhrumsatzsteuer .....	40 597 382	759 263	2 362 542	14 625 511	4 212 995
8	Bundessteuern (einschl. EG-Anteile) .....	46 052 834	601 331	2 094 631	12 831 385	2 394 723
9	Straßengüterverkehrsteuer .....	60	-	15	29	-
10	Gesellschaftsteuer .....	256 289	5 083	21 644	67 357	38 937
11	Börsenumsatzsteuer .....	135 531	989	3 432	28 691	44 975
12	Versicherungsteuer .....	1 779 149	26 734	176 140	570 606	208 143
13	Wechselsteuer .....	318 669	5 096	18 061	87 273	55 833
14	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) .....	43 524 323	562 150	1 871 290	12 065 558	2 043 241
15	Zölle (100 %) .....	4 603 147	94 909	182 681	1 125 589	598 980
16	Tabaksteuer .....	11 288 077	88	220	4 450 173	480
17	Kaffeesteuer .....	1 477 509	24 090	9 702	170 100	2 104
18	Teesteuer .....	61 514	2 278	10 648	10 302	4 779
19	Zuckersteuer .....	140 227	4 864	32 364	46 011	5 988
20	Branntweinabgaben .....	3 884 644	370 737	563 426	1 091 340	231 772
21	Schaumweinsteuer .....	536 134	4 217	2 429	30 416	159 555
22	Zündwarensteuer .....	3 380	305	238	-	-
23	Zündwarenmonopol .....	4 148	-	-	4 148	-
24	Leuchtmittelsteuer .....	124 407	706	3 267	46 230	7 718
25	Mineralölsteuer .....	21 350 869 <sup>a)</sup>	59 901	1 048 418	5 082 825	1 031 814
26	Sonstige (vorwiegend Salz-, Essig- säure- und Spielkartensteuer) .....	50 267	55	17 897	8 424	51
27	Ergänzungsabgabe .....	38 567	999	4 040	11 800	3 594
28	Beförderungsteuer .....	118	-	10	28	0
29	Notopfer Berlin .....	128	58	- 1	43	- 0

a) Darunter 1 077 210 (000) DM Heizölsteuer.



## Länder und der Gemeinden/Gv. 1980

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
11 909 525	44 437 449	42 658 385	3 628 026	240 501 341	18 219 438	4 269 249	4 309 671	26 798 358	1
4 878 617	18 723 577	18 145 130	1 681 391	101 633 730	6 234 648	1 762 473	1 928 034	9 925 155	2
1 852 839	6 507 875	6 460 447	278 669	33 976 217	1 664 671	532 703	622 116	2 819 490	3
161 671	719 358	566 019	30 796	3 574 316	431 738	45 171	123 492	600 401	4
864 150	4 776 063	2 919 943	216 799	19 021 983	1 865 528	253 307	181 650	2 300 485	5
2 747 901	8 808 757	9 351 998	623 468	48 016 867	3 061 674	600 419	1 171 579	4 833 672	6
1 404 347	4 901 819	5 214 848	796 903	34 278 228	4 961 179	1 075 176	282 800	6 319 155	7
1 742 882	4 225 472	2 697 069	131 918	26 719 411	12 029 532	1 122 256	6 181 636	19 333 424	8
14	-	2	-	60	-	-	-	-	9
7 335	26 662	42 093	5 893	215 004	25 583	3 917	11 784	41 284	10
2 550	13 357	20 835	1 622	116 451	13 068	1 117	4 896	19 081	11
6 351	171 324	336 485	9 650	1 505 453	235 381	15 323	22 992	273 696	12
8 679	50 837	39 986	5 112	271 079	28 549	15 551	3 491	47 591	13
1 716 542	3 957 463	2 251 301	109 106	24 576 651	11 724 736	1 085 520	6 137 415	18 947 671	14
110 788	462 380	748 672	17 793	3 341 792	938 129	251 636	71 590	1 261 355	15
473	1 430 805	359	7	5 882 605	84	50	5 405 338	5 405 472	16
61 098	9 473	20 859	195	297 621	279 272	606 076	294 540	1 179 888	17
195	1 153	1 086	5	30 446	20 781	10 103	184	31 068	18
345	34 237	11 668	1 454	136 931	1 456	374	1 467	3 297	19
542 528	164 169	304 959	19 205	3 288 136	175 498	134 861	286 149	596 508	20
244 847	21 900	51 081	12 161	526 606	7 710	1 073	746	9 529	21
-	1 985	851	-	3 379	-	-	-	-	22
-	-	-	-	4 148	-	-	-	-	23
270	4 060	47 187	125	109 563	565	149	14 130	14 844	24
755 330	1 818 319	1 052 207	57 697	10 906 511	10 301 196	81 182	61 980	10 444 358	25
668	8 982	12 372	464	48 913	45	16	1 291	1 353	26
1 411	5 804	6 289	535	34 472	2 210	828	1 058	4 096	27
-	0	80	-	118	-	-	0	0	28
-	25	- 2	-	123	5	-	0	5	29

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r der
30	Landessteuern .....	16 072 308	523 039	1 601 774	4 557 341	1 516 208
31	Vermögensteuer .....	4 664 295	114 223	418 557	1 446 449	470 635
32	Erbschaftsteuer .....	1 016 888	27 803	95 670	275 141	80 699
33	Grunderwerbsteuer .....	1 019 458	43 238	98 520	221 738	108 430
34	Kraftfahrzeugsteuer .....	6 585 287	271 106	761 524	1 782 825	631 841
35	Rennwett- und Lotteriesteuer .....	1 281 894	43 260	126 424	404 915	97 323
36	Totalisatorsteuer .....	99 909	696	1 890	52 626	2 259
37	Andere Rennwettsteuer .....	25 006	129	1 593	15 726	2 290
38	Lotteriesteuer .....	1 110 144	40 191	122 940	319 438	86 592
39	Sportwettsteuer <sup>1)</sup> .....	46 835	2 244	-	17 125	6 182
40	Feuerschutzsteuer .....	242 167	6 375	28 301	43 262	29 182
41	Biersteuer .....	1 262 314	17 035	72 777	383 010	98 097
42	Sonstige .....	6	-	2	-	-
43	Gemeindesteuern .....	35 491 192	1 153 104	3 775 614	9 597 627	3 488 111
44	Grundsteuern <sup>2)</sup> .....	5 803 780	229 519	712 624	1 489 848	504 934
45	Gewerbsteuern (100 %) .....	27 960 210	833 627	2 893 476	7 601 899	2 774 677
46	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen .....	1 727 202	89 958	169 514	505 880	208 500
47	Steuereinnahmen insgesamt .....	364 916 030	9 990 277	30 589 116	107 828 502	33 594 949
						n a c h der
48	EG-Anteile an Zöllen .....	4 524 365	x	x	x	x
49	EG-Anteile Umsatzsteuer .....	6 094 740	x	x	x	x
50	Steuereinnahmen des Bundes .....	177 542 464	x	x	x	x
51	Bundessteuern (ohne EG-Anteile) .....	41 528 469	x	x	x	x
52	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %) .....	75 799 294	x	x	x	x
53	Umsatzsteuern (67,5 %) .....	56 982 606	x	x	x	x
54	Gewerbsteuerumlage (50 %) .....	3 232 095	x	x	x	x
55	Steuereinnahmen der Länder .....	125 474 270	4 772 258	13 385 280	35 398 998	11 951 704
56	Landessteuern .....	16 072 308	523 039	1 601 774	4 557 341	1 516 208
57	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %) .....	75 799 294	2 857 404	7 893 915	21 593 434	7 411 716
58	Umsatzsteuern (32,5 %) .....	30 370 573	1 285 259	3 574 767	8 330 909	2 731 535
59	Gewerbsteuerumlage (50 %) .....	3 232 095	106 556	314 824	917 314	292 245
60	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. ....	51 298 864	1 825 214	5 459 058	14 147 968	4 992 321
61	Gemeindesteuern .....	35 491 191	1 153 104	3 775 614	9 597 627	3 488 111
62	Gewerbsteuerumlage (Ausgaben) .....	6 440 836	213 079	629 531	1 836 848	570 267
63	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer .....	22 248 508	885 189	2 312 975	6 387 189	2 074 477
64	Steuereinnahmen insgesamt .....	364 934 703	x	x	x	x
	Außerdem:					
65	Lastenausgleichsabgaben .....	75 297	1 402	527	64 508	804
66	Vermögensabgabe .....	70 949	709	598	60 814	820
67	Hypothekengewinnabgabe .....	4 158	693	- 87	3 683	- 18
68	Kreditgewinnabgabe .....	190	-	16	11	2

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen.

## Länder und der Gemeinden/Gv. 1980

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
810 761	2 484 675	2 865 961	235 602	14 595 361	709 988	202 707	564 253	1 476 948	30
177 923	776 062	718 099	53 366	4 175 314	293 917	58 055	137 010	488 982	31
37 943	152 080	207 346	5 122	881 804	50 507	17 408	67 169	135 084	32
-	145 515	199 558	9 566	826 565	85 382	13 589	93 922	192 893	33
408 338	1 043 656	1 177 760	109 575	6 186 625	164 577	70 771	163 313	398 661	34
98 181	157 342	180 810	22 549	1 130 804	66 886	14 734	69 470	151 090	35
8	4 955	16 313	1	78 748	8 890	959	11 313	21 162	36
- 1	1 140	675	30	21 582	2 104	39	1 281	3 424	37
98 174	141 486	154 799	22 519	986 139	53 393	13 736	56 876	124 005	38
-	9 761	9 024	-	44 336	2 499	-	-	2 499	39
11 730	51 281	48 015	1 184	219 330	15 842	3 238	3 758	22 838	40
76 647	158 734	334 373	34 240	1 174 913	32 878	24 911	29 612	87 401	41
0	5	-	-	6	-	-	0	0	42
1 967 579	5 908 557	6 221 593	469 045	32 581 229	1 640 790	564 967	704 205	2 909 962	43
318 739	833 530	1 109 527	97 779	5 296 499	210 309	93 185	203 787	507 281	44
1 494 220	4 830 075	4 811 702	353 148	25 592 824	1 425 417	451 314	490 653	2 367 385	45
154 620	244 952	300 364	18 118	1 691 906	5 064	20 468	9 764	35 296	46
16 430 747	57 056 153	54 443 008	4 464 591	314 397 342	32 599 748	6 159 179	11 759 765	50 518 692	47
Steuerverteilung									
x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
x	x	x	x	x	x	x	x	x	50
x	x	x	x	x	x	x	x	x	51
x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
x	x	x	x	x	x	x	x	x	53
x	x	x	x	x	x	x	x	x	54
6 785 287	20 618 182	21 253 433	1 917 398	116 082 540	4 771 892	1 603 544	3 016 296	9 391 732	55
810 761	2 484 675	2 865 961	235 602	14 595 361	709 988	202 707	564 253	1 476 948	56
4 009 655	13 033 216	12 497 905	961 085	70 258 330	3 105 194	1 018 267	1 417 504	5 540 965	57
1 795 129	4 515 128	5 375 915	679 472	28 288 114	806 071	339 578	936 810	2 082 459	58
169 742	585 163	513 652	41 239	2 940 735	150 639	42 992	97 729	291 360	59
2 821 819	8 472 924	8 988 292	676 148	47 383 744	2 214 274	772 103	928 741	3 915 118	60
1 967 579	5 908 557	6 221 593	469 045	32 581 229	1 640 790	564 967	704 205	2 909 962	61
345 389	1 184 497	1 000 054	78 452	5 858 116	301 279	85 984	195 457	582 720	62
1 199 629	3 748 864	3 766 753	285 555	20 660 631	874 764	293 120	419 993	1 587 877	63
x	x	x	x	x	x	x	x	x	65
1 308	2 229	1 414	-	72 192	822	596	1 687	3 105	65
1 236	1 988	1 627	-	67 792	734	545	1 879	3 158	66
48	241	- 344	-	4 216	82	51	- 192	- 59	67
24	-	131	-	184	6	-	-	6	68

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	423 271	* 28 517	90 462	43 390	31 186	
	Grundsteuerbeteiligungsbeträge						
2	Einnahmen ..	1	-	-	-	-	
3	Ausgaben ...	105	-	-	-	-	
4	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ....	5 380 614	201 002	622 162	1 446 458	473 748	
5	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ...	27 089 944	815 052	2 813 694	7 096 551	2 645 980	
6	Lohnsummensteuer .....	870 265	18 575	79 782	505 348	128 697	
7	Gewerbsteuerumlage (Ausgaben) .....	6 440 836	213 079	629 531	1 836 848	570 267	
8	Gewerbsteuern (netto) <sup>1)</sup> .....	21 519 373	620 548	2 263 945	5 765 051	2 204 410	
9	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	22 248 508	885 189	2 312 975	6 387 189	2 074 477	
10	Zuschlag zur Grunderwerbsteuer .....	1 328 893	58 379	127 489	410 553	144 570	
11	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen .....	398 309	31 579	42 025	95 327	63 930	
12	Insgesamt ...	51 298 862	1 825 214	5 459 058	14 147 968	4 992 321	
							Kreisfreie
13	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	15 635	506	2 220	4 204	1 127	
	Grundsteuerbeteiligungsbeträge						
14	Einnahmen ..	-	-	-	-	-	
15	Ausgaben ...	-	-	-	-	-	
16	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	2 150 311	72 840	210 542	812 369	231 133	
17	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ...	11 297 321	280 706	1 100 482	3 875 305	1 323 447	
18	Lohnsummensteuer .....	534 340	16 617	59 365	348 301	97 508	
19	Gewerbsteuerumlage (Ausgaben) .....	2 377 522	62 426	222 769	919 987	235 123	
20	Gewerbsteuern (netto) <sup>2)</sup> .....	9 454 139	234 897	937 078	3 303 619	1 185 832	
21	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	7 770 076	257 163	656 797	3 242 615	664 624	
22	Zuschlag zur Grunderwerbsteuer .....	521 898	13 990	38 483	211 696	61 964	
23	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen .....	126 742	12 398	14 496	45 031	25 970	
24	Insgesamt ...	20 038 801	591 794	1 859 616	7 619 534	2 170 650	

1) Lfd.Nr. 5 bis 7.

2) Lfd.Nr. 17 bis 19.

a) Grunderwerbsteuer.

n a c h der Steuerverteilung 1980

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadt- staaten	Lfd. Nr.
gesamt									
32 183	63 715	129 531	2 650	421 634	1 207	283	146	1 637	1
-	1	-	-	1	-	-	-	-	2
-	105	-	-	105	-	-	-	-	3
286 556	769 919	979 996	95 129	4 874 970	209 101	92 902	203 641	505 644	4
1 471 929	4 830 268	4 811 702	353 148	24 838 324	1 348 667	413 799	489 155	2 251 620	5
22 291	- 192	-	-	754 501	76 750	37 516	1 498	115 764	6
345 389	1 184 497	1 000 054	78 452	5 858 116	301 279	85 984	195 457	582 720	7
1 148 831	3 645 578	3 811 648	274 696	19 734 708	1 124 138	365 330	295 196	1 784 665	8
1 199 629	3 748 864	3 766 753	285 555	20 660 631	874 764	293 120	419 993	1 587 877	9
111 762 <sup>a)</sup>	179 351	266 349	12 322	1 310 775	-	18 118	-	18 118	10
42 858	65 601	34 014	5 796	381 131	5 064	2 349	9 764	17 178	11
2 821 819	8 472 924	8 988 292	676 148	47 383 744	2 214 274	772 103	928 741	3 915 118	12
Städte									
2 277	1 893	3 408	-	x	x	x	x	x	13
-	-	-	-	x	x	x	x	x	14
-	-	-	-	x	x	x	x	x	15
113 814	236 685	472 928	-	x	x	x	x	x	16
702 650	1 467 036	2 547 695	-	x	x	x	x	x	17
12 741	- 192	-	-	x	x	x	x	x	18
152 586	325 544	459 087	-	x	x	x	x	x	19
562 805	1 141 299	2 088 609	-	x	x	x	x	x	20
421 827	947 743	1 579 307	-	x	x	x	x	x	21
42 306 <sup>a)</sup>	33 417	120 042	-	x	x	x	x	x	22
6 589	6 381	15 877	-	x	x	x	x	x	23
1 149 618	2 367 418	4 280 171	-	x	x	x	x	x	24

3 Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern nach der Steuerverteilung

1980  
1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nörd- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land <sup>1)</sup>
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft) .....	404 187	28 011	88 242	39 186	30 059	29 906	61 822	124 311	2 650
Grundsteuerbeteili- gungsbeträge									
Einnahmen .....	1	-	-	-	-	-	1	-	-
Ausgaben .....	105	-	-	-	-	-	105	-	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke) .....	2 724 582	128 162	411 620	634 089	242 615	172 742	533 234	506 990	95 129
Gewerbesteuer nach Er- trag und Kapital .....	13 540 618	534 346	1 713 212	3 221 246	1 322 533	769 279	3 363 231	2 263 622	353 148
Lohnsummensteuer .....	220 162	1 958	20 418	157 047	31 189	9 550	-	-	-
Gewerbesteuerumlage (Ausgaben) .....	3 480 593	150 653	406 761	916 861	335 144	192 803	858 952	540 967	78 452
Gewerbesteuern (netto) ..	10 280 186	385 651	1 326 869	2 461 432	1 018 578	586 026	2 504 279	1 722 655	274 696
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer .....	12 890 555	628 026	1 656 178	3 144 574	1 409 853	777 802	2 801 122	2 187 445	285 555
Zuschlag zur Grund- erwerbsteuer .....	15 889	-	3 114	-	-	-	-	12 775	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen .....	225 094	17 951	24 185	41 882	33 024	28 568 <sup>a)</sup>	36 219	18 235	5 030
Insgesamt ...	26 540 389	1 187 801	3 510 208	6 321 163	2 734 129	1 595 044	5 956 572	4 572 412	663 060
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft) .....	1 811	-	-	-	-	-	-	1 811	-
Grundsteuerbeteili- gungsbeträge									
Einnahmen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke) .....	77	-	-	-	-	-	-	77	-
Gewerbesteuer nach Er- trag und Kapital .....	385	-	-	-	-	-	-	385	-
Lohnsummensteuer .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage (Ausgaben) .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuern (netto) ..	385	-	-	-	-	-	-	385	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschlag zur Grund- erwerbsteuer .....	772 989	44 389	85 892	198 857	82 606	69 456 <sup>b)</sup>	145 934	133 533	12 322
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen .....	29 296	1 230	3 345	8 414	4 936	7 701	3 001	- 97	766
Insgesamt ...	804 558	45 619	89 237	207 271	87 542	77 157	148 935	135 709	13 088

1) Bei Kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-  
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband  
Saarbrücken.

a) Einschl. 2 770 (000) DM der Verbandsgemeinden.  
b) Grunderwerbsteuer.

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung

1980 nach Gemeindegrößenklassen \*)

1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein .....	1 187 801	635 914	551 887
Niedersachsen .....	3 510 208	2 488 699	1 021 507
Nordrhein-Westfalen .....	6 321 163	6 046 746	274 417
Hessen .....	2 734 129	2 009 091	725 038
Rheinland-Pfalz .....	1 595 044	476 668	1 118 376
Baden-Württemberg .....	5 956 572	3 877 957	2 078 615
Bayern .....	4 572 412	1 813 113	2 759 299
Saarland .....	663 060	630 431	32 629
Bundesgebiet ...	26 540 389	17 978 619	8 561 768
davon:			
Grundsteuer A <sup>1)</sup> .....	404 083	116 805	287 278
Grundsteuer B .....	2 724 582	1 817 664	906 918
Gewerbesteuer (E. u.K.) .....	13 540 618	9 646 620	3 893 998
Lohnsummensteuer .....	220 162	208 666	11 496
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe) .....	3 480 593	2 488 693	991 900
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer .....	12 890 555	8 532 778	4 357 776
Übrige Gemeindesteuern .....	240 983	144 780	96 202

\*) Zuordnung zu den Gemeindegrößenklassen nach der Einwohnerzahl am 30. Juni 1980. - Gebietsstand am 31.12.1980.

1) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen.

